

"Schritt für Schritt" in Die Zeit (März 1988)

Legende: Im März 1988 wägt die deutsche Wochenzeitschrift Die Zeit die Vor- und Nachteile eines möglichen Beitritts Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften ab.

Quelle: Die Zeit. [ONLINE]. [Hamburg]: [15.04.2004]. Disponible sur http://www.zeit.de/archiv/1988/11/Zt19880311_039_0056_Wt.

Urheberrecht: (c) Irmgard Bayer

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"schritt_fur_schritt"_in_die_zeit_marz_1988-de-189cd9f9-1d79-47f7-8042-5425be49d60a.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Schritt für Schritt

Weil die Vorteile überwiegen, will Wien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden

Bayer, Irmgard

Bald wollen auch die Österreicher mit von der Partie sein. Darüber jedenfalls sind sich Politiker wie Wirtschaftsexperten einig, wenn in der Alpenrepublik über einen Beitritt in die Europäische Gemeinschaft (EG) diskutiert wird. Die Frage ist nur, wann es soweit ist. Die Wiener Regierung läßt offiziell verlauten, Österreich wolle sein Verhältnis zur Gemeinschaft intensivieren. Bundeskanzler Franz Vranitzky: "Wir wollen unser Verhältnis zur EG neu regeln, und zwar offensiv neu regeln." Der Antrag auf eine Mitgliedschaft sei in den neunziger Jahren möglich. Vorläufig heißt das Ziel volle Teilnahme am Binnenmarkt. Diese Haltung des Bundeskanzlers und seiner sozialistischen Partei ist so bemerkenswert, weil die SPÖ in früheren Jahren, als sie noch allein regierte, der EG sehr reserviert gegenüberstand. Vergangenes Jahr aber besann sich die Koalition aus Sozialisten und Konservativen eines Besseren.

Über fünfzig Prozent der Österreicher sind einer Umfrage zufolge für eine Mitgliedschaft und nur wenige dagegen. Die Industrie plädiert ohne Wenn und Aber für den Beitritt, auch die bürgerliche Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat den Beitritt ausdrücklich in ihr Programm aufgenommen. ÖVP-Chef Alois Mock, zugleich der Außenminister der Republik: "Wir wollen die Vollmitgliedschaft so rasch wie möglich verwirklichen." Noch schwächt Kanzler Vranitzky indes ab: "Das ist nicht die Regierungsmeinung. Wir bereiten jetzt Schritt für Schritt unser Verhältnis zur EG vor, das wird sicher über das Jahr 1988 und darüber hinaus dauern."

Das Zaudern Österreichs hängt mit den Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag und mit der Neutralität des Landes zusammen. Wird die Sowjetunion den Österreichern die Vollmitgliedschaft erlauben? Der russische Botschafter in Wien hat die Österreicher erst vor kurzem an ihre Neutralität erinnert. In Wien meint man aber, daß die Neutralität kein Hindernis ist. Manch einem wird allerdings mulmig, je näher das große Ereignis rückt.

Eine ganze Reihe kleinerer Betriebe beispielsweise fürchtet um ihr beschauliches Leben auf dem zwar kleinen, aber dafür schön geschützten heimischen Markt. Auch einige SPÖ-Genossen sind trotz des weltmännischen Franz Vranitzky einem EG-Beitritt gegenüber skeptisch eingestellt. Früher setzte man die EG allzusehr mit dem westlichen Militärbündnis gleich, und dort hatte Österreich nach sozialistischer Ansicht nichts verloren. Kürzlich legte allerdings sogar Altkanzler Bruno Kreisky seinen Österreichern den EG-Beitritt nahe, die parteiinternen Hindernisse dürften deshalb nicht mehr allzu groß sein.

Wirtschaftliche Gründe sprechen für den Beitritt. Mehr als sechzig Prozent der österreichischen Ausfuhren gehen schon jetzt in die Länder der Gemeinschaft. Österreichs Unternehmer konnten in jüngster Zeit in Westeuropa sogar Marktanteile dazugewinnen. In der Bundesrepublik hat das kleine Österreich beispielsweise im vergangenen Jahr seinen Anteil an den Importen von 3,9 Prozent auf 4,1 Prozent vergrößern können.

Für die Industrie ist die Europäische Gemeinschaft zudem längst Realität. Von der Papierbranche bis zur Textilindustrie haben die Unternehmer ihre Produkte längst den Brüsseler Erfordernissen, Normen und Vorschriften angepaßt. Auch wenn Österreich nicht Mitglied der EG würde, müßte das Land sich trotzdem - wie bisher schon - nach den Gesetzen des großen Marktes richten, ohne allerdings Mitgestaltungsmöglichkeiten zu haben. Und es müßte befürchten, zum unbedeutenden Außenseiter zu werden, wenn der EG-Binnenmarkt erst geschaffen ist. In der Europäischen Freihandelszone (EFTA), zu der Österreich nach wie vor gehört, bliebe es über kurz oder lang allein mit der Schweiz und Finnland übrig. Denn die jetzigen EFTA-Partner Norwegen und Schweden erwägen auch einen EG-Beitritt.

Eine Studie, die Wirtschaftsforscher im Auftrag des österreichischen Finanzministers verfaßten, zeichnet ein höchst unterschiedliches Bild im Falle eines EG-Beitritts. Zwar sind die Aussichten der Industrie am gemeinsamen Markt eher positiv. Schwierig dürfte es hingegen für die Dienstleistungsbranche werden.

Banken und Versicherungen erfreuen sich momentan nämlich in der Alpenrepublik eines wunderbar geschützten Marktes. Die Banken haben sogenannte "ordnungspolitische Vereinbarungen" untereinander getroffen, das sind Zinsabsprachen, die vor zu viel Wettbewerb schützen. Dementsprechend verlangen die Kreditinstitute in Österreich meist höhere Zinsen als in der Bundesrepublik. Damit wäre es innerhalb der EG wohl vorbei. Auch die Versicherungsgesellschaften müssten sich bei der Konkurrenz von außen, die es jetzt nicht gibt, auf niedrigere Prämien einstellen. Und so mancher österreichische Bauunternehmer könnte bei öffentlichen Ausschreibungen dann nicht mehr automatisch mit dem Wohlwollen der lokalen Behörden rechnen.

Die Probleme der Landwirte allerdings wären größer. Zwar produzieren auch Österreichs Bauern Überschüsse wie ihre Kollegen in der EG, aber man versucht, anders damit fertig zu werden. Landwirtschaftliche Produkte sind für den Konsumenten in Österreich um vieles teurer als in der EG. Es gibt Abnahmegarantien für Milch und Getreide. Die Verbraucherpreise sind geregelt und auch die Spannen bei Mühlen und Molkereien. Auf dem Verarbeitungssektor gibt es keinen Wettbewerb. Kein österreichischer Bauer kann es sich aussuchen, an welche Molkerei er seine Milch liefert.

Die Einfuhr von Obst, Fleisch und Gemüse je nach Marktlage ist reglementiert. Gleichzeitig werden die landwirtschaftlichen Exporte aus der Staatskasse auf Weltmarktpreis heruntersubventioniert. Übernimmt Österreich das EG-Agrarsystem, müssten die Bauern damit rechnen, geringere Preise für ihre Erzeugnisse zu bekommen.

Österreichs Verbraucher können sich durchweg auf billigere Ware als gewohnt freuen. Denn auf wundersame Weise sind zur Zeit in der Alpenrepublik nicht nur Agrarprodukte, sondern auch die übrigen Waren teurer als in der Bundesrepublik - egal ob Schallplatten, Elektrogeräte, Schuhe oder Kleidung. Der Handel verteidigt sich gegen den Vorwurf überhöhter Preise damit, daß Österreich eben ein kleiner Markt sei und die Händler daher bei geringem Umsatz höhere Kosten hätten. Auch das würde sich bei einer Mitgliedschaft ändern.

Insgesamt überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile eines EG-Beitritts. Bleibt also das politische Problem. Österreich hat 1955 den Staatsvertrag mit den Alliierten geschlossen. Die "immerwährende Neutralität", zu der sich Österreich damals verpflichtete, war zwar nicht Bestandteil des Vertrages, aber als Absichtserklärung mit ein Grund, warum die Sowjetunion dem Abzug ihrer Truppen zustimmte. In früherer Zeit empfanden daher auch die Österreicher ihre Neutralität als ein Hindernis auf dem Weg zur EG. Seit nun aber in Moskau dank Michail Gorbatschow ein anderer Wind weht und die Ostblockstaaten selbst ein Abkommen mit der EG anstreben, ist man auch in Wien beherzter. Es gibt Anzeichen aus Moskau, daß die Sowjetunion selbst die EG nicht mehr in erster Linie als politisch-militärisches Bündnis des Westens, sondern als wirtschaftlichen Zusammenschluß schätzt, zu dem sie selbst besseren Zugang als bisher haben möchte.

Eine Mitgliedschaft in der EG müsse der Neutralität nicht widersprechen, meint inzwischen die Regierung. "Die Neutralität", so betont Bundeskanzler Vranitzky, "ist für uns unantastbar." Wirtschaftsminister Robert Graf von der EGfreundlichen ÖVP ergänzt: "Wir wollen eine Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten, mit dem einzigen Vorbehalt der Neutralität." In Wien hofft man, daß sich für Österreich in der EG ein Sonderstatus, ähnlich dem des ebenfalls neutralen Irlands, finden lassen wird. Dementsprechend hält man in Österreich die Warnungen des Sowjet-Botschafters, das Land dürfe nicht die Neutralität vergessen, für völlig unbegründet. Die Österreicher denken nicht daran, von diesem Weg abzugehen.